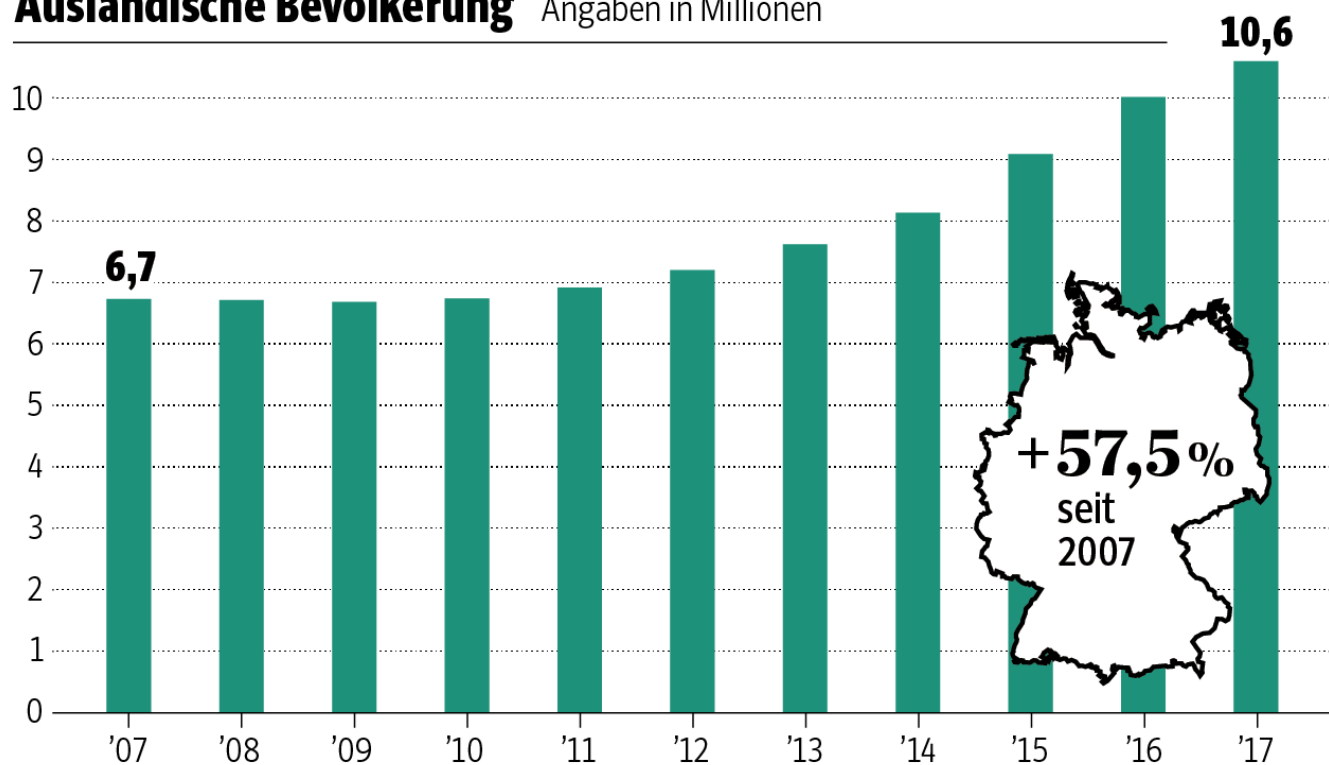


Statistik Migration

"Das ist ein Höchststand"

10,6 Millionen Ausländer lebten Ende 2017 in der Bundesrepublik. Für das überdurchschnittliche Wachstum sorgte nicht der Zuzug aus Staaten wie Syrien oder dem Irak, sondern aus Ländern der EU.

Ausländische Bevölkerung Angaben in Millionen



SZ-GRAFIK; QUELLE: DESTATIS

München - In Deutschland leben so viele Ausländer wie noch nie. Ende 2017 waren etwa 10,6 Millionen Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit erfasst, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. "Das ist ein Höchststand", hieß es zu den Daten des Ausländerzentralregisters. Insgesamt verlangsamte sich der Zuwachs im Vergleich zu den Vorjahren, als vor allem zahlreiche Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Die Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten ist 2017 hingegen deutlich gestiegen und sorgte damit für ein

überdurchschnittliches Wachstum der ausländischen Bevölkerung. Seit 2007 sind insgesamt fast vier Millionen Ausländer zugezogen.

Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind. Zumeist sind dies direkt zugezogene Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zur ausländischen Bevölkerung gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. 10,6 Millionen Ausländer - das würde derzeit einem Anteil von 12,9 Prozent der Bevölkerung entsprechen. Diese Zahl nennt das Bundesamt jedoch nicht - vor allem, weil die Bevölkerungszahl für 2017 noch nicht vorliegt. Die Zahl basiert auf Daten von 2016. Damals lebten 82,5 Millionen Menschen in der Republik.

Die Zahl der im Ausländerzentralregister erfassten Personen ist im vorigen Jahr um rund 585 000 beziehungsweise 5,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Langfristig betrachtet lag der Zuwachs über dem durchschnittlichen Anstieg der vergangenen zehn Jahre (plus 388 000). Von außerhalb der Europäischen Union stammen demnach 5,92 Millionen Ausländer. Das waren etwa 163 000 oder 2,8 Prozent mehr als im Jahr 2016. Damals - nach dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise - hatte der Zuzug 665 000 beziehungsweise 13 Prozent betragen. Man erkennt den Unterschied vor allem an den Hauptherkunftsländern der Schutzsuchenden: So betrug die Nettozuwanderung - also der Saldo aus Zuzügen und Fortzügen - aus Syrien 2017 61 000 Personen (2016: 260 000), dem Irak 17 000 Personen (2016: 91 000) und Afghanistan 5000 Personen (2016: 119 000).

Für überdurchschnittliches Wachstum sorgte hingegen der Zuzug aus der EU. 439 000 Personen kamen nach Deutschland, 2016 waren es 277 000 gewesen. Dabei war die Zuwanderung aus der Europäischen Union maßgeblich auf Staatsangehörige der Länder zurückzuführen, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Die höchste Nettozuwanderung verzeichneten Polen (85 000) und Rumänien (85 000), gefolgt von Bulgarien (45 000).

Der Zuzug von Ausländern ist eng mit dem steigenden Arbeitskräftebedarf der jungen Bundesrepublik verbunden. In der Folge der Gastarbeiter-Kampagne stieg die Zahl der Ausländer von 686 000 im Jahr 1961 auf gut 2,7 Millionen 1970. Durch den Anwerbestopp in den 1970er-Jahren und das Rückkehrhilfegesetz von 1983 ging die Zahl der Ausländer nur leicht zurück. Durch Familienzusammenführungen und die verstärkte Einreise von Asylsuchenden stieg die Zahl der Ausländer seit Ende der 1980er-Jahre kontinuierlich. 1990 lebten knapp 5,6 Millionen, 2000 knapp 7,3 Millionen und im Jahr 2011 7,37 Millionen Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland.

SZ

Süddeutsche Zeitung